

**Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 13.02.2014**

Antrags-Nr. 14-F-03-0018

**Gesamtbelastungsstudie / Immissionskataster Rheinschiene  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.02.2014 -**

Die Emission von Luftschadstoffen beeinflusst unmittelbar die Lebensqualität eines Großteils der Wiesbadener Bevölkerung. Insbesondere entlang der Rheinschiene sind die Belastungen relativ hoch. Dort sind Betriebe mit hohen Emissionen angesiedelt. Es handelt sich um Chemie-, Kraft- und Zementwerke sowie Verbrennungs-, Klär- und Abfallbehandlungsanlagen. Hinzu kommen stetig wachsende Emissionen, induziert durch den Ausbau bzw. die Neuansiedlung von Anlagen sowie aus dem motorisierten Verkehr.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für erforderlich, Strategien zu entwickeln, die über Maßnahmen zur Vermeidung konkreter schädlicher Umwelteinwirkungen an einzelnen Anlagen hinausgehen und eine gebietsbezogene Gesamtbetrachtung der Immissionssituation sowie ihrer gesundheitlichen Auswirkungen auf den Menschen ermöglichen.

Als ersten Schritt dazu fordern wir die Erstellung eines örtlichen Immissionskatasters für die südlichen, am Rhein gelegenen Ortsbezirke. Dazu bietet sich folgende Vorgehensweise an:

Die im Rahmen von Genehmigungsverfahren und der Planung von neuen oder der Erweiterung von bestehenden Industrie- und Gewerbeanlagen prognostizierten Schadstoff- und Geruchsbelastungen sind mit denen im Emissionskataster bereits vorhandenen Daten zu verknüpfen und in einer gebietsbezogenen Immissionsprognose darzustellen, in denen die Luftqualität insgesamt simuliert werden kann.

Unter Berücksichtigung der Ausbreitungsbedingungen (Topografie, Umgebungsbebauung, meteorologische Einflüsse, Windstatistik, Inversionslagen u.a.) wäre es dann möglich, im Konkreten die lokalen Immissionsbelastungen kleinräumig zu ermitteln und in einem Immissionskataster darzustellen.

Eine länderübergreifende Arbeitsgruppe aus Rheinland-Pfalz und Hessen könnte in diesem Zusammenhang alle Fragestellungen der Luftreinhaltung aus Gewerbe- und Industrieanlagen sowie dem Kfz-Verkehr zielführend erörtern.

Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wären die Basis zur Erstellung einer Gesamtbelastungsstudie, die bei zukünftigen Planungen zur Beurteilung der jeweiligen örtlichen Immissionsverhältnisse herangezogen werden könnte. Fehlentwicklungen, wie z. B. eine Überschreitung vorgegebener Immissionswerte durch die Zulassung neuer Anlagen, könnte so wirkungsvoll entgegengesteuert werden.

Ziel sollte die Schaffung und Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität im Einklang mit der Strategie einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit sein. Dies ist ein notwendiger Schritt zur Erreichung einer Luftqualität, die keine erheblichen negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt hat und keine entsprechenden Gefahren verursacht.

Seite 2 des Beschlusses 0069 vom 13. Februar 2014

---

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1.) die Erstellung eines Immissionskatasters für die südlichen, am Rhein gelegenen Ortsbezirke der Landeshauptstadt Wiesbaden zu veranlassen.

2.) die Hessische Landesregierung zu bitten, in Zusammenarbeit mit dem Land Rheinland-Pfalz die Voraussetzungen zu schaffen, um eine Immissions-Gesamtbelastungsstudie der Wiesbadener/Mainzer Rheinschiene zu erstellen.

---

**Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2014 zum TOP I / 6 (Gesamtbelastungsstudie / Immissionskataster Rheinschiene)**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Beschlussgegenstand 1) wird ersetzt durch:

- 1.) zu berichten, ob aktuelle Erkenntnisse zur Immissionsbelastung für die südlichen, am Rhein gelegenen Ortsbezirke der Landeshauptstadt Wiesbaden vorliegen.
- 

### **Beschluss Nr. 0069**

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.02.2014

Gesamtbelastungsstudie/Immissionskataster Rheinschiene

wird einschließlich des Änderungsantrags von CDU und SPD vom 13.02.2014 zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit überwiesen.

Dem Vorsitzenden des Ausschusses  
für Umwelt und Sauberkeit  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2014

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .02.2014

Dezernat II  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister